

Gaskrise

LNG-Terminal für Brunsbüttel

[08.03.2022] Die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Gasunie und RWE haben ein Memorandum of Understanding zur Errichtung eines LNG-Terminals in Brunsbüttel unterzeichnet.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Auftrag der deutschen Bundesregierung, Gasunie (zu 100 Prozent in niederländischem Staatsbesitz) und RWE haben ein Memorandum of Understanding zur gemeinsamen Errichtung eines Terminals für den Import von Flüssigerdgas (LNG) am Standort Brunsbüttel unterzeichnet. Die KfW wird über eine finanzielle Einlage für die Bundesregierung einen Anteil von 50 Prozent am LNG-Terminal übernehmen. Betreiberin des LNG-Terminals wird Gasunie. Das Terminal schafft mit einer jährlichen Regasifizierungskapazität von acht Milliarden Kubikmetern eine direkte Möglichkeit, Erdgas für den deutschen Markt aus Regionen zu beziehen, die durch Gasleitungen nicht zu erreichen sind. Das Terminal erhöht damit die Versorgungssicherheit und trägt zu mehr Unabhängigkeit von leitungsgebundenen Erdgasimporten in Nordwesteuropa bei. Die Projektpartner arbeiten daran, das Projekt unter Beachtung aller genehmigungs- und beihilferechtlichen Vorgaben so zügig wie möglich umzusetzen.

Perspektivisch ist vorgesehen, das Terminal für den Import von grünen Wasserstoffderivaten wie Ammoniak umzurüsten. Minister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt das Projekt: „Es ist völlig klar, dass wir die Energieversorgung klimaneutral machen müssen, den Gasverbrauch konsequent senken müssen und den Ausbau der Erneuerbaren und die Produktion von Wasserstoff mit Hochdruck vorantreiben. Aber wir brauchen für den Übergang Gas. Dabei ist es notwendig, die Abhängigkeit von russischen Importen schnellstens zu verringern; spätestens der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine macht dies zwingend. Mit einem LNG-Terminal in Brunsbüttel erweitern wir die Importmöglichkeiten.“

(ur)

Stichwörter: Erdgas, RWE, Brunsbüttel, Gasunie, KfW, LNG